



**Erst unsere
Jobs,**

dann eure Profite

1. Mai 2026

Rede zum 1. Mai 2026

Kai Burmeister

Erst unsere Jobs, dann eure Profite Rede zum 1. Mai 2026



Rede zum 1. Mai 2026 in Reutlingen

Kai Burmeister

Es gilt das gesprochene Wort!

Reutlingen, 01.05.2026

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

schön, dass ihr heute alle hier seid!

In diesen Tagen freuen sich die DAX-Aktionäre über Rekord-Dividenden von über 55 Milliarden Euro. Gewaltige 55 Milliarden Euro! Geld, das erwirtschaftet wurde von den Beschäftigten, von uns allen. Das ist die Realität in Deutschland. Die Vermögen an der Spitze steigen. Viele Unternehmen fahren immer noch Gewinne ein und gleichzeitig wächst der Druck auf die Beschäftigten.

Was erleben wir? Wir müssen halt einfach noch ein bisschen sparsamer sein, sagen Arbeitgeber und deren Lautsprecher in der Politik. Ein bisschen fleißiger sein, sagen sie. Ein bisschen weniger faul sein, sagen sie. Ich sage euch: Das ist nicht nur ungerecht – das ist grundfalsch.

Denn immer wieder passiert dasselbe: Verantwortung wird nach unten durchgereicht. Dann werden wilde Geschichten erzählt: Vom „faulen“ Fabrikarbeiter, der aber in Schichten schuftet, von Alleinerziehenden, die weniger „Lifestyle-Teilzeit“ feiern sollen, von Geflüchteten, die vermeintlich nur für teure Zahnbehandlungen ins Land gereist sind und von Menschen ohne Job, die „ja einfach nicht wollen“.

Wir alle sind es, die dieses Land tragen. Wir fahren die Züge, füllen die Regale, halten die Betriebe am Laufen. Wir übernehmen Verantwortung – jeden Tag.

Und trotzdem sollen am Ende wir die Rechnung zahlen: für Fehlentscheidungen, für Spekulationen, für ein System, das Gewinne privatisiert und Risiken auf uns abwälzt.

Erst unsere Jobs, dann eure Profite **Rede zum 1. Mai 2026**



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

damit muss Schluss sein. Es reicht!

Wir zeigen: Wir sind viele. Wir sind organisiert. Und wir sind stark in Solidarität.

Manchmal höre ich den Satz: Ihr Gewerkschaften habt doch viel erreicht.

Was wollt ihr eigentlich noch? Wir haben die Vision eines besseren Lebens!

Wir sind hier, damit jeder von seiner Arbeit leben kann.

Damit niemand seinen Job verliert, nur weil anderswo billiger produziert wird.

Damit der 8-Stunden-Tag unsere Zeit für unser Leben, Lieben und Lachen schützt!

Damit jeder Zugang zu Gesundheit hat, egal wie viel er verdient.

Damit Frauen endlich gleich bezahlt werden wie Männer.

Damit Jugendliche Ausbildung und bezahlbaren Wohnraum bekommen.

Damit jedes Kind in die Kita kann.

Damit Kommunen handlungsfähig bleiben.

Damit hohe Vermögen endlich gerecht besteuert werden.

Damit Sozialstaat nicht kaputtgespart wird.

Und damit unsere Demokratie geschützt wird.

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind hier, weil wir uns von Politik und Unternehmen nicht unsere Rechte nehmen lassen!

Die Union wollte den 1. Mai als Feiertag streichen. Habt ihr das gelesen? Der Geist dieser Tage heißt offenbar: weniger Sozialstaat, weniger Rechte, weniger Feiertage. Das lassen wir nicht zu! Unseren Tag lassen wir uns nicht klauen! Der 1. Mai ist immer auch ein Kampftag und wir zeigen hier, dass zwischen Kämpfen und Feiern kein Oder passt. Heute ist unser Feiertag und unser Kampftag, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber dieser Angriff auf unseren 1. Mai kommt nicht nur aus der CDU, er kommt auch von ganz anderer, richtig gefährlicher Seite. Vielleicht habt ihr das gehört? Die Rechtsextremen der AfD versuchen heute in Göppingen, den Tag der Arbeit für sich zu instrumentalisieren. Wir alle schicken solidarische Grüße zu unseren Kolleginnen und Kollegen in Göppingen, die dort für den Grundsatz „Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ eintreten.

Erst unsere Jobs, dann eure Profite **Rede zum 1. Mai 2026**



Hass und Hetze haben bei uns keinen Platz – weder am 1. Mai noch an irgendeinem anderen Tag. Wir lassen uns nicht spalten!

Wer uns gegeneinander ausspielen will, der hat sich verrechnet! Es ist unser Tag und er steht dafür, was in diesem Land wirklich zählt, nämlich: Erst unsere Jobs, dann eure Profite! Ein Tag der Solidarität! Hier, in Europa und international.

Während sie Sozialstaat kürzen und uns gegeneinander ausspielen wollen, entsteht längst die nächste Machtkonzentration – leiser, aber nicht weniger gefährlich: im Digitalen.

Jeder von uns trägt eine gewaltige digitale Infrastruktur in der Hosentasche.

Doch sie gehört wenigen „Big-Tech“-Konzernen: Google, Amazon, Meta, Apple, Microsoft. Sie sind reich. Vor allem aber sind sie mächtig. Viele dieser Tech-Giganten wie Peter Thiel und Elon Musk flirten mit dem Rechtsextremismus! Sie beeinflussen, was wir sehen, was wir denken und wie wir wählen.

Digitalisierung und KI sind Chancen, aber nur, wenn die Stärke des Rechts gilt – nicht das Recht des Stärkeren. Sonst wird wirtschaftliche Macht politische Macht. Und das gefährdet Demokratie. Die Frage ist: Wohin geht diese Entwicklung? Bewegen wir uns auf einen Faschismus 2.0 zu? Unsere Antwort ist klar: Nicht mit uns!

Gefreut habe ich mich über Ungarn, die haben Orban abgewählt. Das macht uns Mut! Demokratie ist wehrhaft. Beim Weg von der Demokratie ins Autoritäre gibt es keine Garantie, dass das Ergebnis demokratischer Wahlen akzeptiert wird.

Wir Gewerkschaften sind wachsam, wenn es um Demokratiegefährdung geht.

Meine Tochter hat mich vor einiger Zeit gefragt, ob man die AfD nicht verbieten müsste.

Was bewegt sie? Sie sagte, sie hat keine Angst um sich – sondern um ihre Mitschüler, die die AfD abschieben will.

Wir werden nicht zulassen, dass Hass und Spaltung gewinnen. Wir sind viele. Wir sind stark. Wir stehen ein für Frieden und für unsere Demokratie.

Und wir haben als Gewerkschaften Erfolg: Stichwort Betriebsratswahlen. Es macht mir Mut zu sehen, dass die große Mehrheit der Belegschaften demokratisch wählt, wir haben Rückenwind durch die Betriebsratswahlen. Woran liegt das? Ganz sicher auch daran, weil wir die Probleme und Sorgen der Beschäftigten direkt kennen.

Davon lässt sich lernen, zumindest alle demokratischen Parteien sollten es tun. Demokratie verteidigt sich nicht von allein. Demokratie wird dort beschädigt, wo soziale Sicherheit abgebaut wird. An alle demokratischen Parteien: Wir sind erfolgreich, weil wir die Sorgen und Nöte der Beschäftigten kennen und ernst nehmen. Deren Arbeitsalltag, die hohen Mieten und Sehnsucht nach dem guten Leben sind Ausgangspunkt unserer Forderungen.

Erst unsere Jobs, dann eure Profite **Rede zum 1. Mai 2026**



Und deshalb sagen wir klar: Angriffe auf den Sozialstaat sind Angriffe auf uns alle. Reformen ja – aber Hände weg von unserem Sozialstaat!

Da wird über „Lifestyle-Teilzeit“ diskutiert, der 8-Stunden-Tag infrage gestellt, Zahnersatz als Luxus behandelt und im Wochentakt die nächste Zuspitzung durchs Land gejagt. Oft in Schlagworten, oft in Social-Media-Sätzen, die mehr spalten als erklären. Jetzt soll auch noch die Regelung beim verlängerten Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende mit Kindern zwischen 12 und 18 Jahren rückgängig gemacht werden. Euer Ernst? Ab zwölf werden Kinder nicht billiger – sie werden teurer. Und ausgerechnet denjenigen, die ohnehin nur von einem Einkommen leben, soll jetzt auch noch Unterstützung gestrichen werden?

Der Sozialstaat ist kein Kostenproblem. Er ist eine Frage politischer Prioritäten. Während große Vermögen in diesem Land weiter wachsen, soll bei denjenigen gekürzt werden, die ohnehin wenig haben. Genau dort muss endlich ein fairer Beitrag für unsere Gesellschaft geleistet werden. Steuerhinterziehung muss konsequent beendet werden. Es ist genug Geld da – es ist nur falsch verteilt.

Deshalb gilt: Erst unsere Sicherheit, dann eure Profite!

Bei Gesundheit sehen wir das gleiche Muster: Ein Bekannter hat mir kürzlich von seinem 92-jährigen Vater erzählt. Er habe Probleme mit den Augen und der Arzt hat dringend eine OP empfohlen, er soll den dringenden Termin jetzt im Oktober erhalten. Mit 92 Jahren! Euer Ernst?

Ich selbst wollte kürzlich einen Termin fürs Hautkrebs-Screening ausmachen und habe auch direkt einen bekommen: Für ein Jahr später, am 13. April 2027! Euer Ernst?

Stichwort Gesundheitsreform. Was die Bundesgesundheitsministerin uns als Stabilisierung verkaufen will, ist in Wahrheit eine Kampfansage an uns alle: Die Reform geht überwiegend zu Lasten der Versicherten und der Beschäftigten – und bringt vor allem neue Belastungen statt echter Lösungen.

Wichtig ist: Die geplanten Kürzungen beim Krankengeld sind vom Tisch – das ist ein echter Erfolg, auch von uns. Denn wer krank ist, braucht finanzielle Sicherheit und keinen zusätzlichen Druck. Verschlechterungen abzuwehren ist gut, aber damit geben wir uns nicht zufrieden. Schließlich sollen Zuzahlungen steigen und die Zuschüsse zum Zahnersatz sinken – wer krank ist, zahlt am Ende mehr. Das ist eine Riesensauerei!

Erst unsere Jobs, dann eure Profite **Rede zum 1. Mai 2026**



Auch die Beschäftigten im Gesundheitswesen sind massiv betroffen. Die in den letzten Jahren hart erkämpften Verbesserungen bei Arbeitsbedingungen und Bezahlung werden mit einem Federstrich wieder eingesammelt. Im Endeffekt heißt das: weniger Personal, mehr Belastung, schlechtere Versorgung. Leistungskürzungen und Mehrbelastungen sind der falsche Weg. Gesundheit muss bezahlbar bleiben – für alle.

Und es gibt Alternativen: Wir haben als Gewerkschaften konkrete Vorschläge vorgelegt, mit denen bis zu 100 Milliarden Euro eingespart werden können – ohne Beitragserhöhungen. Wir brauchen den Einstieg in eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Hohe Einkommen und große Vermögen sollen dabei stärker an den Gesundheitskosten beteiligt werden.

Auf der Ausgabenseite gilt: Gesundheit ist keine Ware. Private-Equity-Firmen haben im System der ambulanten und stationären Versorgung nichts verloren – Renditeinteressen dürfen nicht über Versorgung gestellt werden. Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin: Die einen warten, die anderen zahlen und kommen sofort dran.

Liebe Bundesregierung,

legt euch nicht mit uns an! Erst unsere Gesundheit, dann eure Profite!

Das gleiche gilt auch für die Rente. Sie gehört uns – also denjenigen, die in sie einzahlen. Eine gute Rente erkennt die Lebensleistung der Menschen an. Sie entscheidet darüber, ob ein Leben voller Arbeit am Ende auch in Würde abgesichert ist oder ob Menschen trotz jahrzehntelanger Beiträge im Alter ins Rutschen geraten. Hört auf mit der alten Leier: „Die Rente ist nicht finanzierbar.“ Sie ist keine Frage der Rechenkunst – sie ist eine Frage des politischen Willens.

Und dann hören wir aus Berlin, die Rente solle künftig nur noch eine „Basisabsicherung“ sein. Herr Merz, wie stellen Sie sich das eigentlich vor? Glauben Sie ernsthaft, dass die Menschen da draußen ihre Lücken mit Aktienfonds und Immobilien schließen? Die Wahrheit ist doch: Die Mehrheit hat das nicht. Sie hat nur ihre gesetzliche Rente – und die wollen Sie auf das Existenzminimum reduzieren. Wer so redet, hat den Alltag der Beschäftigten nicht verstanden. Wie wenig Realitätssinn braucht es eigentlich, um so etwas vorzuschlagen?

Wir leben in einem der reichsten Länder Europas. Es gibt Menschen, die extrem viel Geld haben und nicht wissen, wohin damit. Ein SAP-Chef verdient in einem Monat über eine Million Euro. Das bekommen 320 Beschäftigte bei einem Durchschnittsgehalt in einem ganzen Jahr.

Wir sagen klar: Große Vermögen müssen endlich gerecht zur Finanzierung unseres

Erst unsere Jobs, dann eure Profite **Rede zum 1. Mai 2026**



Gemeinwesens herangezogen werden.

Und der Regierung sagen wir: Tut endlich konsequent etwas gegen Steuerhinterziehung. Wir brauchen das Geld, damit unser Gemeinwesen funktioniert. Wir brauchen einen klaren Gegenpol zu den permanenten Krisenerzählungen rund um die gesetzliche Rente. Deshalb haben wir als DGB eine eigene Rentenkommission eingesetzt. Unser Ziel ist eindeutig: eine Alterssicherung, die den Lebensstandard sichert, Armut verhindert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt.

Am Ende zählt, was auf dem Konto ankommt. Nach einem Leben voller Arbeit muss die Rente deutlich über dem Existenzminimum liegen – und spürbar mehr sein als Grundsicherung. Die Realität ist: Für viele reicht die gesetzliche Rente heute nicht aus, um im Alter würdevoll zu leben und es ist nicht hinnehmbar, dass die Beschäftigten allein immer stärker belastet werden. Deshalb braucht es einen anderen Weg: Die Rente muss breiter finanziert werden – solidarisch durch die gesamte Gesellschaft, nicht nur durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Andere Länder in Europa kriegen das doch auch hin. Und genau deshalb sagen wir: Eine gute Rente ist kein Luxus. Sie ist ein Versprechen – an alle, die dieses Land über Jahrzehnte getragen haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

gestern haben EVG und DGB am Stuttgarter Bahnhof gemeinsam deutlich gemacht: Mit Gewalt gegen Beschäftigte finden wir uns nicht ab. Leider ist sie oft traurige Realität – für Zugbegleiterinnen gilt das genauso wie für Kolleginnen und Kollegen bei Polizei und Rettungsdienst! Wir brauchen in unseren Zügen mehr Personal statt Sparkurs. An der Sicherheit darf niemals gespart werden.

Liebe Landesregierung,

auch ihr müsst jetzt liefern. Die Infrastruktur bröckelt, Schulen verfallen, Kliniken sind am Limit. Freibädern droht die Schließung. Wer nicht investiert, zahlt später doppelt.

Wir brauchen Investitionen und bezahlbaren Wohnraum. Die Mieten steigen schneller als die Löhne – das ist sozialer Sprengstoff. Deshalb muss jetzt die Schuldenbremse reformiert werden.

Wir brauchen eine starke Industriepolitik und sichere Arbeit in Baden-Württemberg. Seit vier Jahren steigt die Arbeitslosigkeit im Südwesten, 303.949 Menschen sind heute

Erst unsere Jobs, dann eure Profite **Rede zum 1. Mai 2026**



arbeitslos, 70.000 Arbeitsplätze sind in der Industrie abgebaut worden. Auch Ausbildungsplätze werden zusammengestrichen, wir wollen eine Ausbildungsgarantie. Kein Jugendlicher darf auf der Straße stehen.

Tariftreue heißt: Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen gehen, die Tariflöhne zahlen. Auf Bundesebene ist das beschlossen, jetzt muss die baden-württembergische Landesregierung endlich nachziehen. Leider bin ich da nicht optimistisch, nach den Rückmeldungen von Grünen und CDU in Baden-Württemberg.

In schwarz-grünen NRW geht da mehr, die machen Tariftreue. Bewegt Euch endlich für ein gerechtes Baden-Württemberg! Oder sind Euch die Beschäftigten egal?!

Hey Cem Özdemir und Manuel Hagel,

ihr wart im Wahlkampf bei uns im Gewerkschaftshaus, habt den Dialog mit den Beschäftigten gesucht und euch ihre Sorgen angehört. Das war richtig und das war gut. Aber jetzt reicht Zuhören nicht mehr – jetzt muss geliefert werden.

Jetzt heißt es: Tariftreuegesetz auf den Tisch.

Jetzt heißt es: investieren statt verschieben.

Jetzt heißt es: klare Kante für gute Arbeit in diesem Land.

Wir brauchen einen landesweiten Rettungsschirm für Arbeitsplätze.

Und uns wurde geflüstert: In der Landespolitik wird darüber nachgedacht, die Möglichkeiten der Personalräte einzuschränken. Das lassen wir nicht zu. Hände weg vom Personalvertretungsgesetz! Mitbestimmung ist niemals Bürokratie – sie ist Demokratie im Betrieb und in der öffentlichen Verwaltung.

Während die Landespolitik sich erst wieder finden will, haben wir Gewerkschaften längst geliefert: Im letzten Jahr haben wir für über sechs Millionen Beschäftigte Tariferhöhungen durchgesetzt.

Auch in diesem Jahr werden wir es wieder schaffen, dass Millionen Kolleginnen und Kollegen ein reales Lohnplus im Geldbeutel haben. Wir sehen, dass sich unser Kampf lohnt. Vielen Dank an alle, die mit uns gemeinsam gekämpft haben. Und vielen Dank an alle, die auch weiterhin mit uns um Arbeitsplätze, gute Arbeit und anständige Entlohnung kämpfen.

Aktuell sind beispielsweise die Kolleginnen und Kollegen der Telekom und der Postbank für höhere Löhne unterwegs! Wir alle sind solidarisch mit Euch! Und wir sind solidarisch mit IG Metall und allen anderen Gewerkschaften, bei denen dieses Jahr auch noch

Erst unsere Jobs, dann eure Profite Rede zum 1. Mai 2026



Tarifrunden anstehen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Gewerkschaft ist nicht zuschauen, Gewerkschaft ist machen.

Es ist leicht, hier eine Rede zu halten. Die wirkliche Arbeit macht ihr in den Betrieben! Gewerkschaft lebt von euch – von all denen, die sich ehrenamtlich engagieren, die Betriebsräte tragen, die Tarfbewegungen organisieren, die Gespräche führen, die Konflikte aushalten und Lösungen erkämpfen.

Die Wahrheit ist konkret.

Hier bei Bosch zum Beispiel: Dort ist es dem Betriebsrat und der IG Metall in intensiven Verhandlungen gelungen, den ursprünglich geplanten Stellenabbau von 1100 auf 950 zu reduzieren. Das ist ein Erfolg. Jeder Arbeitsplatz zählt.

Auch bei Walter in Münsingen wächst die Unsicherheit. Durch die geplante Verlagerung von Produktion nach Schweden könnten bis zu 160 Arbeitsplätze gefährdet sein. Wir halten dagegen. Und auch bei der Stadt Reutlingen soll der Rotstift angesetzt werden. Wir wissen, Kommunen sind am Limit: Rund 250 Stellen sollen abgebaut werden. Die Lösung ist eine bessere Finanzierung der Städte und Gemeinden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

uns bläst der Wind oft kräftig ins Gesicht! Danke für euren Einsatz, eure Zeit und eure Kraft. Wir akzeptieren kein „es geht nicht anders“. Wir machen Druck, bis es anders geht! Solidarität statt Spaltung. Gerechtigkeit statt Abbau. Würde statt Profitlogik. Und deshalb gilt: Erst unsere Jobs. Erst unsere Sicherheit. Erst unsere Gesundheit.

Jetzt habe ich viel über Politik gesprochen, allerdings will ich eine Gruppe nicht vergessen in dieser Rede.

Erst unsere Jobs, dann eure Profite **Rede zum 1. Mai 2026**



Hallo ihr Unternehmen, was macht ihr eigentlich so?

Das Programm der Arbeitgeberverbände ist mehr als schräg. Da wird geklagt, gemotzt, der Verlagerung das Wort geredet: „zu teuer“, „zu kompliziert“, „zu viel Bürokratie“.

Unternehmer: Macht Euren Job! Beendet Eure Arbeitsverweigerung. Investiert!

Wir sind die soziale Kraft in diesem Land. Gute Löhne und gutes Leben gibt es nicht im Appell, sondern im Konflikt – und wir sind bereit, diesen Konflikt zu führen. Wir machen deutlich: Gute Arbeit hat ihren Wert – und wir sorgen gemeinsam dafür, dass dieser Wert auch bezahlt wird. Überall gilt: Ohne uns läuft hier nichts.

Ein starkes Baden-Württemberg gibt es nur mit uns Beschäftigten – nicht gegen uns.